

Südkoreas Yoon bei erster Anhörung zum Aufstand

Südkoreas impeachter Präsident Yoon Suk Yeol steht vor Gericht wegen Anklage wegen Aufruhrs. Die erste Anhörung wirft Fragen zu seiner martialischen Gesetzgebung auf.

Der ehemalige Präsident Südkoreas, **Yoon Suk Yeol**, trat am Donnerstag in einem Gericht in Seoul zu seiner ersten Anhörung im Zusammenhang mit Anklagen wegen Aufstands auf. Diese Anklage stellt den ersten Strafprozess gegen einen amtierenden Präsidenten in der Geschichte des Landes dar.

Hintergrund der Anklage

Im vergangenen Monat haben die Staatsanwälte Yoon angeklagt, da er beschuldigt wird, am 3. Dezember in einer kurzen Phase des Kriegsrechts einen Aufstand angeführt zu haben. Dieses unerwartete politische Manöver sorgte für große Unruhe in der viertgrößten Volkswirtschaft Asiens und einem wichtigen Verbündeten der USA.

Gerichtsprozess und Sicherheitsvorkehrungen

Ein Konvoi des Justizministeriums brachte Yoon vom Seoul Detention Center, wo er derzeit inhaftiert ist, zu dem Gericht. Vor dem Gebäude waren zahlreiche Polizeibusse stationiert, um die Sicherheit zu gewährleisten. Die Staatsanwaltschaft forderte zügige Verfahren aufgrund der Schwere des Falls, während die Anwälte von Yoon mehr Zeit zur Einsicht in die Unterlagen

benötigten.

Yoons Verteidigung

Yoons Anwälte argumentierten vor Gericht, dass er „nicht die Absicht hatte, das Land zu paralisieren“. Der Anwalt betonte, dass die Erklärung des Kriegsrechts lediglich darauf abzielte, die Öffentlichkeit vor der „gesetzgeberischen Diktatur der großen Oppositionspartei“ zu warnen. Sollte Yoon verurteilt werden, drohen ihm mehrere Jahre Gefängnisstrafe für seine umstrittene Maßnahme.

Politische Auswirkungen und weitere Verfahren

Die Erklärung des Kriegsrechts führte zu einem politischen Aufruhr, was auch zur Amtsenthebung und Suspendierung des Premierministers führte. Hohe Militärbeamte wurden ebenfalls angeklagt. Während der Anhörung beantragten Yoons Anwälte, seine Inhaftierung aufzuheben, da die Ermittlungen ihrer Meinung nach illegal waren und kein Risiko bestünde, dass Yoon Beweismittel vernichten könnte.

Nächste Schritte im Gerichtsverfahren

Es ist unklar, wann das Gericht über die Inhaftierung entscheiden wird, jedoch wurde ein weiterer Termin für den 24. März festgelegt. Am Donnerstagnachmittag nahm Yoon auch an einem parallelen Amtsenthebungsverfahren vor dem Verfassungsgericht teil, das sich in der finalen Phase befindet.

Aussagen von Zeugen

Zu den Zeugen, die vor Gericht aussagten, gehörte auch Premierminister Han Duck-soo, der ebenfalls impeached wurde und auf das Urteil über sein Schicksal wartet. „Ich fühle mich tief belastet von der Verzweiflung, die unser Volk aufgrund dieser

extremen Politik vor, während und nach dem Notstand verspürt hat“, erklärte Han. Er forderte faire und angemessene Verfahren, um eine weitere Spaltung der Nation zu vermeiden.

Zukünftige Konsequenzen für Yoon

Das Verfassungsgericht prüft die Amtsenthebung von Yoon durch das Parlament vom 14. Dezember und wird entscheiden, ob er dauerhaft aus dem Amt entfernt oder wieder eingesetzt wird. Yoon und seine Anwälte betonen, dass er nie die vollständige Durchsetzung des Kriegsrechts beabsichtigte, sondern lediglich als Warnung gedachte, um eine politische Stagnation zu überwinden. Sollte Yoon aus dem Amt entfernt werden, muss innerhalb von 60 Tagen eine neue Präsidentschaftswahl stattfinden.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)